

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, aus die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.50. Monatlich 55 Pfg. Postanweisung Nr. 4069 a. s. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., die Beilage, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die fünfte Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 173.

Dienstag, den 28. Juli 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Parteigenossen!

Ant Beschlus des letzten Parteitagcs findet der diesjährlge in Dresden statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährlgen Parteitag auf

Sonntag, den 13. September,

abends 7 Uhr, nach Dresden in das Lokal „Trianon“, Schützenplatz, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 13. September, abends 7 Uhr: Vorversammlung Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Montag, den 14. September, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrolleure.
Berichterstatter: H. Meißner.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
Berichterstatter: A. Stabthagen.
4. Ratgeber.
Berichterstatter: R. Fischer.
5. Der internationale Kongress in Amsterdam 1904.
Berichterstatter: P. Singer.
6. Anträge zum Programm und Organisation.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die Aufforderung, die Vorbereitungen für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens den 31. August in den Händen des Vorstandes, Adresse:

F. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30 sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II der Partei-Organisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mittheilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mittheilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Karl Sindermann, Dresden-N., Zwingerstr. 22.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau F. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30 zu beziehen.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebenen Motive weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.
Berlin, 25. Juli 1903.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Der Parteivorstand.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Wachstum der Sozialdemokratie. Wie groß der Prozentsatz der Sozialdemokraten im Verhältnis zu den Wahlberechtigten und zu den Wählern ist, ergibt die folgende für die Reichstagswahlen von 1874 ab auf Grund der letzten Angaben des „Reichs-Anzeigers“ vom „Vorw.“ aufgestellte Tabelle:

Zur Jahre auf 100 Wahlberechtigte auf 100 Wähler

1874	4	6,7
1877	5,5	9,1
1878	4,8	7,5
1881	3,4	6,1
1884	5,9	9,7
1887	7,8	10,1
1890	13,9	19,6
1893	16,8	23,2
1898	18,4	27,1
1903	24,1	31,7

Die Steigerung des Prozentsatzes von 1898 auf 1903 beträgt also 5,7 Prozent der Wahlberechtigten, 4,6

Prozent der Wähler. Uebertroffen ist die Steigerung nur im Jahre 1890, wo infolge des Sozialistengesetzes und der 1887 beschlossenenollerhöhung nach dreijähriger Legislaturperiode der Prozentsatz der Sozialdemokraten im Verhältnis zu den Wahlberechtigten um 6,11 Prozent und im Verhältnis zu den Wählern um 9,5 Prozent zunahm. Dagegen übersteigt bekanntlich an absoluter Größe der Stimmenzuwachs von 1903 den von 1890 noch ganz erheblich.

Die Erstwahl in Dessau. Ueber die Frage, wer im Wahlkreis Dessau-Zerbst als liberaler Kandidat an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Richard Koesike treten soll, scheint ein lebhafter Streit zu entbrennen. Als Kandidaten der freisinnigen Vereinigung werden Dr. Barth, Schrader und Prof. v. Alst genant, auch zwei einheimische Kandidaten, die Landtagsabgeordneten Aril und Dr. Cohn stehen auf der Liste. Vorläufig haben alle diese Namensnennungen nur den Werth von Vermuthungen. Zur Belustigung unserer Leser mag noch erwähnt werden, daß Ehren-Lorenz in seiner „Anti-Sozialb. Korresp.“ als geeignetsten Kandidaten, den Kreis vor der Sozialdemokratie zu retten, Herrn Wassermann vorschlägt! Denselben Wassermann, der seinen Witz in den schmutzigen Dienst des parlamentarischen Rechtsbruchs stellte und deshalb soeben erst im Kreise Karlsruhe so glanzvoll durchfiel. Herr Wassermann kann sich gratulieren. Durch sein Vorgehen hat er die Freundschaft des Herrn Lorenz gewonnen. Gibt es eine bessere Illustration für die schimpfliche Lage, in der sich der Mannheimer Rechtsanwält befindet?

Die Ministerstürzer sind, wie alljährlich in den Hundstagen, wieder an der Arbeit. Aus „guter Quelle“ wird berichtet, daß der eine oder der andere Minister sein Bündel schnüren werde, „wenn im Purpurschein steht der wilde Wein“. Diesmal eröffnen die „Polener Neuesten Nachr.“ den Reigen: Als reis für die Demission bezeichneten sie den Minister des Innern, von Hammerstein, der durch Freiherrn von Manteuffel ersetzt werden soll, und den Justizminister Schönstedt, der „einem wohlbekannten Präsidenten eines Oberlandesgerichtes der östlichen Provinzen Platz machen“ soll. Wir erfüllen lediglich eine journalistische Pflicht, wenn wir von diesen Gerüchten Notiz nehmen; irgendwelche Bedeutung legen wir ihnen nicht bei.

Eine Bspredigt hält den regierenden Kreisen der fromme „Reichsbote“; er schreibt: „Heute scheint es zu weilen, als gäbe es einen preussischen Staat, wenigstens eine thatkräftige, führende, geschlossene Regierung überhaupt nicht. Es ist mit ihrer Autorität der letzten Jahre erschütternd bergab gegangen; noch immer folgt ein Mißgriff dem anderen; sie selbst scheint keineswegs zu merken, wie die Dinge im Lande stehen; statt auf die Stimmen der Wahrheit, lauscht sie lieber den phrasigen Lobesergüssen einiger Penny-a-liner und Parteigrößen, die mit ihrer eignen subalternen Geistesart sich gleich einem Chor aristophanischer Frösche in dem Sumpfe, in dem die Größe und die Zukunft des Vaterlandes allmählich versinken, wohlbefinden. Vor 1789 war es in Frankreich ähnlich: oben Tag um Tag die heiteren Feste zu Trianon, Kokospolitik, wohlmeinende Romantik, aber kein Ernst, keine Tiefe, keine Klarheit, unten der dumpfe Groll dämonischer Gewaltigen, die in der Brust des Volkes noch mit der besseren Vernunft rangen, und dazwischen eine nichts sagende, skeptische, philosophisch sich spreizende Adels- und Bürgerwelt, die in dem eignen Unglauben oder byzantinischer Schmeichelei verlor, die schließlich dem Umsturz selbst die Pforten öffnete. Als diese halb literale, halb radikale Sticlust mit schlagenden Wetter überladen war, dann kam die Stunde, wo alles im Wirbel unterging. Haben unsere Väter etwa mit ihrem kostbaren Blut die Herrlichkeit des neuen Deutschen Reichs zu dem gleichen Schicksal errichtet? Wie ein graues Gespenst geht die Sorge darum durch die Herzen mancher ernsten Patrioten.“

Also doch! Im preussischen Ministerrath ist Freitag beschlossen worden, für die schlesischen Ueberweisungen, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages, den Betrag von zehn Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, wovon eine Million sofort zur Vertheilung bereit liegt. — Lange genug hat es gedauert, bis sich das Ministerium zu diesem Beschluß ange-
rafft hat.

Die Kaufmannsgerichte. Die „Deutsche Handels-wacht“ hatte die Nachricht gebracht, daß der Geselentwurf über die Kaufmannsgerichte auf die lange Bank geschoben werden solle. Die „Soziale Praxis“ bemerkt dazu: „Nach unserer Information ist das insofern unrichtig, als endgültige Beschlüsse des Bundesraths noch nicht gefaßt sind. Notorisch ist dagegen, daß die Vorlage auf unerwartet starken Widerspruch im Bundesrath gestoßen ist. Die Opposition der Handelskammern, zahlreicher Richter und Rechtsanwälte gegen Kaufmannsgerichte überhaupt oder in Angliederung an Gewerbegerichte hat im Bundesrath bei manchen Mittel- und Kleinstaaten ein lautes Echo gefunden, das das einmüthige

Verlangen des Reichstags, der Gehilfenverbände und der Gewerbegerichte ebenso wie die Forderung Preussens und anderer Staaten zeitweilig übertönt hat. Wir halten es aber für ausgeschlossen, daß damit die Kaufmannsgerichte beseitigt oder auf die lange Bank geschoben werden könnten. Nachdem nach einem Jahrzehnt der Erwägungen und Verhandlungen, nach immer erneutem Mahnen und Drängen des Reichstags und der Interessenten vom führenden Staate eine Vorlage eingebracht worden ist, kann die Geschichte nicht ausgehen wie das „Hornberger Schießen“. — Auch wir sind der Ansicht, daß die Geschichte nicht wie das „Hornberger Schießen“ ausgehen darf. Es wird deshalb erste Pflicht des neuen Reichstages sein, auf Errichtung von Kaufmannsgerichten zu drängen.

Der Fall Haller. Die Vertrauens- und Wahlmänner der sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Nürnberg-Altendorf haben, wie die „Leipziger Volksztg.“ erfährt, nach eingehender Erörterung einstimmig entschieden, daß keinerlei Grund für einen Eintritt Hallers aus dem bayerischen Landtage vorliege. Genosse Segitz erklärt im Namen der Nürnberger Abgeordneten, daß sie bedauern würden, wenn Genosse Haller sein Mandat niederlegen würde. Genosse Segitz verpflichtet sich, mit den Genossen Merkel und Löwenstein alle Anstrengungen zu machen, um die bestehenden Differenzen in der Fraktion auszugleichen.

Nachklänge zur Reichstagswahl. Der Erste Staatsanwalt in Köslin und Vorsitzende des dortigen konservativen Wahlkomitees Rhode lehnt es ab, zu der Angelegenheit des Flugblattes gegen Dr. Barth in Beziehung gebracht zu werden. Er hat an das „Greifsw. Tagebl.“ eine Zuschrift gerichtet, in welcher er erklärt, daß er vom 20. Juni bis 13. Juli cr. beurlaubt und von Köslin abwesend gewesen sei. Er sei daher weder bei der Abfassung und Verbreitung des Dr. Barth beschimpfenden Wahlflugblattes theilhaft, noch mit dem Strafantrage Barths „irgendwie amtlich befaßt gewesen“. Die Ablehnung des Strafantrages sei von seinem amtlichen Vertreter geschehen.

„In Oberschlesien machen wir das so.“ Vor einigen Wochen hat sich ein Vorfall abgespielt, der für die Öffentlichkeit von Interesse ist. Es handelt sich um einen Eingriff in das ärztliche Berufsgeheimnis über den der „Frankf. Ztg.“ von ärztlicher Seite folgende Mittheilung zugeht: Anlässlich der Wahlen war es am 21. Juni d. Js. in Laurahütte (O.S.) zu einem Krauwall gekommen, bei welchem die Gendarmen von Schußwaffen Gebrauch machte, eine Person tödtete, eine größere Anzahl mehr oder weniger schwer verwundete. Von den Verwundeten wurden einige zu dem praktischen Arzte Steslicki gebracht, welcher ihnen die nöthigen Verbände anlegte. Tags darauf erschien in der Wohnung des Arztes der Grenzkommissar R. in Begleitung eines Beamten und dreier Polizisten und forderte von ihm die Herausgabe seiner ärztlichen Journale. Er legte ihm ein von dem Untersuchungsrichter unterzeichnetes Schriftstück vor, in dem die Beschlagnahme der ärztlichen Journale angeordnet wurde, mit der Begründung, daß anzunehmen sei, daß ein Theil der bei dem Krauwall theilhaftigen Personen sich in die Behandlung des Dr. S. begeben hätten, in der Hoffnung, „daß er am sichersten das Berufsgeheimnis wahren dürfte.“ Trotz des energischen Protestes des Dr. S., der auf das ihn bindende Berufsgeheimnis hinwies, welches ihm nicht gestalte, seine Journale irgend jemandem zu zeigen, wurde ihm nicht nur sein Krankenjournal beschlagnahmt, sondern andere Bücher und Briefschaften sowohl auf dem Schreibtisch als auch in den Schubladen durchsucht. In dem beschlagnahmten Journal hatte Dr. S. die Namen, Adressen sowie die Beschreibung der Verletzungen von zwei, tags zuvor zu ihm gebrachten, bei dem Krauwall Verletzten aufgezeichnet. Diese beiden, durch das Journal ermittelten Personen wurden am folgenden Tage verhaftet, während das Krankenbuch dem Dr. S. erst auf Antrag des Rechtsanwalts nach drei Tagen zurückgegeben wurde. Gegen das Verfahren der Behörde wurde vom Arzte Beschwerde eingelegt. — Aus diesem Sachverhalt geht hervor, daß der Untersuchungsrichter das ärztliche Journal zu dem Zwecke beschlagnahmt hat, um die darin aufgezeichneten, in dem Krauwall verwundeten Personen zu ermitteln und zu verhaften. Nun sind nach § 52 Ziffer 3 der Strafprozessordnung „Arzte in Ansehung dessen, was ihnen bei der Ausübung ihres Berufes anvertraut ist, zur Verweigerung ihres Zeugnisses berechtigt“ und dürfen von ihrem Berufsgeheimnis nur von dem betreffenden Patienten entbunden werden. Auch dürfen bei vorzunehmender Beschlagnahme bei Ärzten im Falle der Weigerung nach § 95 Absatz 2 Zwangsmittel nicht angewendet werden. Ein Arzt, welcher die Krankheit, ja sogar zuweilen nur den Namen seines Patienten verräth, wird auf Antrag des Betreffenden gerichtlich verurtheilt und bestraft, wie dies in zahlreichen Fällen geschehen ist. Dr. S. wurde also zur Duldung einer Handlung gezwungen, welche an sich für ihn die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung nach sich ziehen konnte! Wenn man bedenkt, welche verhängnisvollen Konsequenzen sowohl für Patienten als für die Ärzteschaft ein solches Verfahren der Behörden in der Zukunft nach sich ziehen würde, wie

die Vertrauensstellung des Arztes erschüttert werden muß, so ist es ohne weiteres klar, daß die Ärzte wie das Publikum alle Ursache haben, sich hiergegen zu wehren.

Vom Gänge-Karl. Vor einigen Wochen ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß die lange geplante Sommediatengabe an den Kaiser, welche Freunde des Dr. Peters aufgestellt hätten, um die Rehabilitierung des ehemaligen Reichskommissars zu erbitten, an ihre Adresse abgegangen sei. Den amtlichen Stellen, welchen eine solche Eingabe unbedingt zur näheren Rückäußerung zugehen müßte, ist davon aber, wie jetzt der „Hannoversche Courier“ mitteilt, noch nichts zu Gesicht gekommen. Offenbar ist ein Gesuch zu diesem Zwecke überhaupt nicht eingegangen. Daraus wird der nicht unberechtigte Schluß gezogen, daß die bezüglichen, in die Zeitungen langzeitigen Notizen nur eine Art Romödie gewesen sind. Die Aufmerksamkeit sollte nur auf die Peters-Angelegenheit hingelenkt werden.

Der beschlagene „Wahre Jacob“. Die Polizeibehörde in Lauban in Schlesien hatte bekanntlich die letzte Nummer des „Wahren Jacob“ beschlagnahmt wegen des Titelbildes, welches das Hamburger Kaiser Wilhelm-Denkmal grün angeläutert darstellt. Die fonderbare Färbung soll aus Aerger über den Ausfall der Reichstagswahlen entstanden sein. Jetzt ist die Beschlagnahme aufgehoben worden und zwar mit folgender Begründung von allgemeinem Interesse:

Königliches Amtsgericht. Lauban, 21. Juli 1903. Die von der Polizeibehörde Lauban am 16. Juli 1903 vorgenommene Beschlagnahme des Stuttgarter Witzblattes „Der wahre Jacob“ vom 14. Juli 1903 wird aufgehoben. Zunächst liegt keiner der in § 23 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 vorgezeichneten Fälle vor, keine Majestätsbeleidigung schon deshalb nicht, weil der Kaiser Wilhelm I., der in Betracht kommen könnte, schon am 10. März 1888 gestorben ist. Der Thatbestand einer strafbaren Handlung ist überhaupt nicht in jener Nummer zu finden. Wenn sie das Denkmal Kaiser Wilhelms I. in Hamburg aus Aerger über die sozialdemokratischen Wahlerfolge grün anlauen ließ, so kann darin entgegen der Meinung der Anklagebehörde nicht einmal der Thatbestand des groben Unjugs erblickt werden, die öffentliche Moral wird durch eine derartige Darstellung nicht verletzt, auch die Verehrer des verstorbenen Kaisers Wilhelm haben keinen Anspruch darauf, daß sein Bild nur frei von Anwandlungen menschlicher Schwächen und Regungen dargestellt wird; der Fall des § 41 des Strafgesetzbuches liegt nicht vor. Sollte endlich das Blatt für eine demnachstige strafrechtliche Untersuchung als Beweisstück von Bedeutung sein, so kann leicht eine Nummer davon aus dem Buchhandel oder dem Verlage beschafft werden. Aus all diesen Gründen wird die Frei- und Rückgabe der Exemplare angeordnet. Abdruck des Beschlusses erhielt der Antragsteller Gustav Weimer mit dem Anheimpellen, die Exemplare sich vom Herrn Amtsanwalt abzuholen.

gez. Wiener, Gerichtsschreiber des Kgl. Amtsgerichts.

Wer zerstört die Familie? Wie oft suchten während der letzten Reichstagswahlperiode die bürgerlichen Preßblätter aller Parteischattungen, speziell jedoch die vom Schläger der „Post“ und der „Freizeit“, zu beweisen, wie die Sozialdemokratie bestrebt sei, die Familie zu zerstören. Die Beweisführung in diesen Fällen war mitunter geradezu lächerlich. Wie aber einmal wieder das Gegenstück wahr ist, wie unsere heutige Gesellschaft an der Arbeit ist, das Familienstück zu untergraben, dazu mag folgender Vorfall, der in Rowawes, Neuenborf bei Potsdam sich abspielte, Zeugnis ablegen. In der Nähe von Schloß Babelsberg steht ein Häuserkomplex, der zum Schloß gehört, von Arbeitern und Gärtnern des Parks bewohnt wird. In den letzten Monaten spielte sich nun in Rowawes ein Unfallsfall ab, bei dem auch Streikposten anwesend waren. Zwei Tischlergesellen, deren Eltern im Park von Babelsberg beschäftigt sind und dort selbst wohnen, sollten auch Streikposten gestanden haben. Die Sache kam dem Obergärtner zu Ohren, der nicht eiligeres zu tun hatte, als es der Schloßverwaltung zu unterbreiten. Es folgte eine peinliche Untersuchung, die der Hofmarschall Graf Salenborg selbst vornahm, und die Folge war, daß die beiden Söhne des elterlichen Haus verlassen mußten. Der übrige Bewohner der zum Park gehörenden Häuser wurde mitgeteilt, daß ihre Söhne, sobald diese das achtzehnte Lebensjahr erreicht hätten, nicht mehr bei den Eltern wohnen dürften. Ein acuter Beitrag zum Familiensturz.

Systematische Soldatenniederhandlungen bilden den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 38. Division in Erfurt. Der Mißhandlung bezugsnehmendster Angeklagter Unteroffizier war der Sergeant Lempe der 3. Kompanie des 55. Infanterie-Regiments in Gotha angeklagt. Neben ihm mußten zwei „alte Leut“, die Musketiere Hoffner und Schanze, Platz nehmen. In der Kompanie hatte sich eine heftige Unzufriedenheit gebildet, in die alle Beschwerden mit mäßiger Führung bezugsnehmend eingeworfen wurden. Diese Unzufriedenheit führte Sergeant Lempe. Wie dieser seine Aufgabe wahrnahm, dafür ist die Aussage eines jungen Soldaten: „gemeint haben ja alle alle Tage. Während der Inspektion, in der andere Soldaten der Einheit in Ordnung brachten, wurden die Soldaten des Sergeanten mit Demütigungen und Tritten und Bedrohungen behandelt. Des Morgens um 2 Uhr mußten die Leute aufstehen, um 5 Uhr frühzeitig vor dem Herrn Sergeant zu stehen, und wenn sie dann zum eigentlichen Dienst nicht mehr genug erschienen, dann gab es Hiebe und Prüge. Der Sergeant gab meist nur leichte Ohrfeigen und ließ die Leute vor die Brust, daß sie es das Spiel sagen, während aber auch vor Kritik in das Gesicht nicht zürst und häufig ein Scheit mit der Faust an das Sinn, daß das Wort aus dem Munde kam und die Folge geschickt wurden. Auch die Kloppreißer hatte eine verhängnisvolle Rolle. Die beiden angeklagten Musketiere hatten die gewöhnlichen Scherereien und die Soldaten mit Knütteln beschnitten; Sergeant hatte außerdem zwei Soldaten mit einem Dreiecksstock, an welchem sich eine Kugel befand, über

den Kopf geschlagen, daß der eine wochenlang ein blaues Auge hatte und der andere fast betäubt wurde. Schließlich lief einer der mißhandelten Rekruten davon, und da dessen Angehörige ihn wieder zur Truppe wiesen, machte der Verzweifelte, Namens Göhring, einen Selbstmordversuch, indem er sich eine Kugel in den Kopf schoss; er erreichte seinen Zweck aber nicht. Die nun angestellte Untersuchung brachte diese Mißhandlungen an den Tag. Göhring wurde wieder hergestellt und erschien als Zeuge vor Gericht. Der Ankläger rechnete dem Sergeanten 22 Fälle unvorschriftsmäßiger Behandlung und 9 Fälle Mißhandlung vor, die er aber mit einer Ausnahme zu den sogenannten „minder schweren Fällen“ rechnete. Er betrachtete die Sache als eine „bedauerliche Einzelercheinung“, die durch eine exemplarische Strafe zu fügen sei und beantragte 7 Monate Gefängnis und Degradation. Die beiden Musketiere sollten 4 Monate, bezw. 3 Monate und 1 Woche ins Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 6 Monate und Degradation, ermäßigte aber die Strafe für die Musketiere auf je 4 Wochen, weil sie unter dem unheilvollen Einfluß ihres Vorgesetzten gestanden hätten. Göhring wurde wegen Fugensucht zu der Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 1 Monat als durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

Generalaußsperrung der Bauhandwerker in Kassel. Die Aussperrung der gesamten Bauarbeiter in Kassel, die die Bauunternehmer für den Fall, daß die streikenden Tischler die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden, angekündigt hatten, ist Sonnabend zur Thatfache geworden. Die meisten Bauen werden also von Montag ab still liegen. Die Gesamtzahl der ausgesperrten Arbeiter beträgt über 3000.

Der Geist acht preussisch-deutschen Kasernen-drills äußert sich in einem Regimentsbefehl, der unlängst in der Garnison Bruchsal zur Kenntnis gebracht wurde. Durch besagten Regimentsbefehl wird angeordnet, daß, wenn Unteroffiziere auf der Straße von den ihnen begegnenden Mannschaften nicht schneidig genug gegrüßt werden, die Unteroffiziere die Mannschaften zurückschicken und die Honneurs noch einmal machen lassen sollen. Unterläßt dies ein Unteroffizier, so werden Unteroffizier und Mannschaft drei Tage eingesperrt. Gleiches gilt auch bezüglich der Begrüßung der Offiziere durch die Unteroffiziere. Der Soldat, der sich bequem in niederen Schuhen und Drillhülle vor dem Kasernenhof aufpflanzt, fliegt, wenn er sich untersteht, in seiner Bequemlichkeit einen Knopf an der Drillhülle aufzulassen, ohne Fardon ins Loch. Bevor die Kasernenwache aufzieht, muß sie eine halbe Stunde lang Griffe klopfen. Präsentiert ein Soldat auf Posten nicht schneidig genug, so wird nicht nur der betreffende Mann, sondern auch der Rittmeister der Eskadron, welcher die Wache gestellt hat, eingesperrt. — Das kann ja gut werden. Fälle à la Hüßener können nach solchen Anordnungen über den Straß alle Tage passieren.

Kleine politische Nachrichten. Die Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie, das ist das Thema, das Herr Dade an der Berliner Universität im Wintersemester 1903/04 in einem Kolleg behandeln will. Da ist auch der Wunsch der Vater des Gedankens. — Minister Möller hat, einer im Reichstage angenommenen Resolution entsprechend, an die verbündeten Regierungen das Ersuchen gerichtet, ihm zum Beginn der nächsten Session eine Uebersicht über die Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßregeln vorzulegen, welche im Reich und in den einzelnen Bundesstaaten zur Regelung des Wohnwesens und zur Förderung des Wohnungsbauwesens für die minder bemittelten Klassen getroffen sind, verbunden mit Mitteilungen über die Erfolge und Wirkungen dieser Maßregeln. — Nach dem „Hann. Cour.“ wird im Herbst zwischen Wilhelm II. und Eduard VII. eine Zusammenkunft stattfinden, nachdem der zwischen Berlin und London etwas in Unordnung gerathene Draht wieder in Ordnung gebracht ist. — Der deutsche Antikemitenbund hat nach der „Staatsbürger-Zeitung“ am Freitag in Berlin seine Generalversammlung abgehalten. Vorsitzender war der Reichstagsabgeordnete Bruhn. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Ulrich Hammer, zum Schriftführer Reichstagsabg. Weller gewählt. — Der nationalsozialistische Reichstagskandidat im 3. weimariischen Wahlkreis, Schriftsteller Damajstke, übernimmt in Jena die Leitung der daselbst erscheinenden „Thür. Rundschau“. — Der frühere Staatssekretär des Reichsfinanzamts, v. Jacobi, ist Freitag Abend in Zimmern gestorben. Er war 1888 bereits aus dem Amte geschieden. — Der höchste katholische Geistliche der Marine, Oberpfarrer Wesemann, scheidet am 1. Oktober d. J. aus dem Marinendienst aus und überträgt in seine Heimat Bayreuth. — Gegen den auffallenden Freispruch der Hirschberger Strafkammer, betreffend den Stabwachtmeister Voetiger, der, wie gemeldet, wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung zweier Kaufleute angeklagt war, hat der Staatsanwalt Revision angemeldet. — Seit dem Tode Krupp wird mit den rein repräsentativen Posten auf den Kruppischen Werken energisch auferäumt. In Kürze werden, nach der „Frankf. Zig.“, drei Herren, ein Oberleutnant a. D., ein Kapitän a. D. und ein Oberst a. D., aus dem Dienste der Firma scheidet. Die Herren bezogen ein Gehalt von zusammen über 50000 Mk. — Mit dem 15. Juni ist in Samoa die Reichsmarkrechnung zur ausschließlichen Einführung gelangt. — Unter dem Verdacht der Spionage wurde in Brody (Galizien) ein junger Mann verhaftet, der angeblich, Dabrowski zu heißen, sonst aber jede weitere Auskunft verweigert. — Einer Kabelmeldung der „Frankf. Zig.“ aus Sydney zufolge hat der australische Handelsminister demissionirt.

Norwegen. Verkauf einer norwegischen Insel an Franzosen. Großes Aufsehen erregt in Christiania, wie der „Hann. Cour.“ meldet, daß das Kriegsministerium einwilligte, die an Naturidylle so reiche Insel „Hovedøen“ am Einlaß von Christiania an eine französische Gesellschaft zum Preise von 750 000 Kronen zu verkaufen. Das Ministerium hatte der Stadt Christiania das Verkaufsrecht gegeben; die Stadtverwaltung lehnte das Anerbieten ab, sprach aber ihr tiefes Bedauern über den Verkauf der Insel zum Zwecke der Privatbesitznahme aus.

Dänemark. Vergibt Amerika auf die dänischen Küsten. Der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Däne-

mark über die Erwerbung der dänisch-westindischen Inseln durch die Union ist am 24. Juli durch Ablauf seiner Gültigkeitsdauer erloschen. Die Vereinigten Staaten werden, wie „Laffans Bureau“ sich aus Washington kabela läßt, wahrscheinlich keinen Versuch machen, einen neuen Vertrag abzuschließen, aber auch nicht dulden, daß Dänemark die Inseln an eine andere Macht abtritt.

Rußland. Ein Schiffbauarbeiterstreik, an dem gegen 5000 Mann beteiligt waren, ist kürzlich in Nikolajew zu Ende geführt worden. Dieser Ausstand hat eine besondere Bedeutung nicht allein wegen seiner Ausdehnung und seines Erfolges für die Arbeiter, sondern besonders dadurch, daß die Unternehmer, wie die Behörden sich gezwungen sahen, mit den Arbeitern durch deren Vertreter zu unterhandeln, sowie, daß unter den Augen der Polizei große Massenversammlungen stattfanden, Druckschriften (aus den Geheimdruckereien der sozialistischen Partei stammend) vertheilt wurden, Handlungen, die sonst mit Verbannung geahndet werden. Die Ursache des Streiks war die Entlassung eines Arbeiters der „französischen Werk“ durch einen Ingenieur.

Oesterreich-Ungarn. Todesmärsche. Eine schwere Manöverkatastrophe wird aus Bosnien berichtet. Eine vom Kriegsminister autorisirte Meldung besagt darüber: „Am 20. Juli sind während eines Marsches des Infanterie-Regiments Nr. 12 von Trebinje nach Bilek eine größere Anzahl Soldaten infolge von Hitzschlägen verschieden. Wenn auch die bezüglich der Durchführung des Marsches in den Zeitungen enthaltenen Bemerkungen den Thatfachen nicht entsprechen, muß doch bedauerlicher Weise bestätigt werden, daß am 20. Juli 15 Fälle von Hitzschlag mit tödtlichem Ausgang vorgekommen sind. Die bisher gepflogenen eingehenden Erhebungen haben ergeben, daß von militärischer Seite Vorsorge für Marscherleichterungen und Vorbereitungen für Wasserbeschaffung getroffen und Rasten eingehalten worden waren. Die Ursache der Unfälle dürfte am 20. Juli in der für die dortige Gegend außergewöhnlich hohen Temperatur, die während des letzten Theils der Marschbewegung von 22 bis 40 Grad Reaumur emporschnellte, gelegen haben.“ Nach privaten Meldungen sind im Ganzen 450 Mann zusammengefallen; 19 Mann sind todt, 40 schwerkrank; ein Mann ist vor Schmerz wahnsinnig geworden. Die Hitze betrug 57 Gr. Celsius. Im Laufe des Vormittags wurden 70 Mann krank, doch erklärte der Oberstleutnant nach einer Besichtigung der Truppen dem Obersten, es sei nicht nöthig, Rast zu halten. Nach einem anderen Bericht soll ein General die Fortsetzung des Marsches angeordnet haben. Gegen Mittag sei dann die Hälfte der Mannschaft zusammengefallen, wovon 9 Mann sofort todt waren. Zwar wird angekündigt, daß eine „strenge Untersuchung“ gegen die Schuldigen eingeleitet sei, aber man weiß ja, wie wenig stets dabei herauskommt, und die Todten werden dadurch auch nicht wieder lebendig.

Italien. Einen schönen Sieg errangen die Sozialisten in Rovigo bei den Gemeindevahlen. Neben vier Republikanern und 4 Demokraten wurden auch 4 Sozialisten in den Gemeinderath gewählt. Dieser besteht nun aus 16 Demokraten und Sozialisten und 15 „Gemäßigten“; die Republikaner sind ganz unterlegen.

Die vorläufige Beisehung des Papstes in der Peterskirche fand Sonnabend Abend statt. Der Feierlichkeit, die ohne Zwischenfall verlief, wohnten mehr als 2000 geladene Personen bei.

Schweiz. Die verschobene Humanität. Nach einer der Forderungen der Haager Friedenskonferenz hatte der Bundesrath die Signaturmächte der Genfer Konvention zur Verbesserung des Looses verwundeter Soldaten zur Bescheidung einer am 14. September dieses Jahres in Genf abzuhaltenden Konferenz behufs Revision der Genfer Konvention eingeladen. Da bis jetzt eine zustimmende Antwort aller beteiligten Staaten nicht eingetroffen ist, hat der Bundesrath beschlossen, die Konferenz auf unbestimmte Zeit zu verschieben und den in Betracht kommenden Regierungen hiervon Kenntniß zu geben.

Frankreich. Ein Droschkentütscherstreik ist Sonnabend in Paris wegen Tarifstreitigkeiten ausgebrochen. Streikkravall. In Hennebont ist ein großer Metallarbeiterstreik ausgebrochen. Die Genbarmen wurden angegriffen, mehrere verwundet; da die Unruhen sich fortsetzen, wurde der Belagerungszustand verhängt. Truppenverstärkungen trafen ein, auch der Präsekt ist angeklagt.

England. Eine Warnung für Chamberlain. In Barnard Castle, (Grafschaft Durham), wurde der Arbeiterkandidat Henderson mit 3370 Stimmen zum Unterhausmitglied gewählt. Wane (Unionist) erhielt 3323 Stimmen, Beaumont (Liberal) 2809 Stimmen. Henderson tritt an die Stelle des verstorbenen liberalen Mitgliedes Pease; er ist ein entschiedener Gegner der von der Regierung beabsichtigten Untersuchung in der Frage nach einer Verringerung der Handelspolitik. Von den unterlegenen Gegnern ist der Unionist Wane Anhänger der Chamberlainschen Zollpolitik, der Libérale Beaumont Freihändler, aber mit der Veranlassung der Untersuchung einverstanden.

Ostasien. Zur Lage. Die japanische Gesandtschaft in London erklärte die Meldungen über einen bevorstehenden Krieg zwischen Rußland und Japan als reine Erfindung. Japan beobachtet nur eine Haltung der Wachsamkeit.

Vereinigte Staaten. Eine schwere Finanzkrise ist auf der Börse in Newyork ausgebrochen. Freitag ist für 1 1/2 Millionen Dollar Aktien verkauft worden. Das Bankhaus Calbot, Taylor u. Co., sowie die Stone Compagnie haben die Zahlungen eingestellt. Beide Häuser gehörten zu den bedeutendsten Finanzinstituten der Vereinigten Staaten. Weitere



Ausflug



der

Gewerkschaften und Vereine Lübecks

am Sonntag den 9. August 1903

nach Israelsdorf

mit fünf Musik-Kapellen, Fahnen, Bannern u. s. W.

Abmarsch vom Burgfeld Nachmittags 2 Uhr, von Israelsdorf Abends 8 Uhr.

Preis der Karte 30 Pfg.,

wofür eine Laterne nebst zwei Lichtern verabfolgt wird.

Den Anordnungen des Komitees ist unbedingt Folge zu leisten.

Das Komitee.

Karten sind zu haben bei: C. Wittfoot, Huxstrasse; Fr. Lecke, Lederstrasse; J. Grünwald, Böttcherstrasse; L. Puls, Gr. Burgstrasse; im „Vereinshaus“, in der Expedition des „Lübecker Volksbote“ und beim Komitee.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Zimmerer-Fest-Komitee.

Abrechnung vom Sommerfest am Dienstag den 28. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im „Vereinshaus“, Kopenhagenerstr. 50/52. Das Komitee.

G. V.

Morgen Dienstag, Abds. 8 1/2 Uhr.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Abend 11 1/2 Uhr entzog der unerwartete Tod nach langem schweren Leiden meinem lieben Mann, dem Väterchen Hermann Howoldt

Hermann Howoldt

am 1. Juli d. d. 55. Lebensjahre. Das Begräbnis wird am Freitag den 28. Juli, Nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Marienfriedhofs aus

gegen 10 Uhr nach dem Friedhof St. Nikolai im Alter von 7 Jahren. Das Begräbnis wird von dem Väterchen und dem Väterchen

Hirrichs und Frau,

geb. Buchholz

Zum 1. Oktober die erste Etage, Friedenstr. 10.

Zu vermieten 1. Etage u. Zubeh. Kopenhagenerstr. 38.

2 kleine Wohnungen

3 Zimmer, Küche und Zubehör.

Kühnen Hofstr. 21

Wohnung, 3 Zimmer,

mit Zubehör, Petri-Kirchhof 1-3.

Kühnen Hofstr. 21.

E-jünger unabhängig, Arbeitsbare, Finkenstraße 37.

Gesucht zu sofort einige Frauen zum Roggenbinden. Finkenstr. L. Oldenburg

Von der internationalen Bibliothek

erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mt.	2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" "	2,50
Bebel, Charles Fourier,	" "	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	" "	1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	" "	2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" "	2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	" "	2,—
Mehring, Die Lessing-Legende,	" "	3,50
H. Lux, E. Cabet und der ikarische Kommunismus	" "	2,—
Plechanow, N. G. Tschernichewsky,	" "	3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" "	3,—
Dietzgen, Das Axiom der Philosophie und Briefe über Logik	" "	2,—
C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung	" "	2,—
K. Marx, Revolution und Contre-Revolution in Deutschland	" "	2,—

Bestellungen sind zu richten an die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50

und an deren Kolporteurs und Ansträger.

Musik.

Das größte Momentan-Verkaufsgeschäft in Lübeck für alle Arten Musik-Instrumente und Saiten jeder Art.

Musik-Instrumente und Saiten jeder Art.

Karl Jacobs

Musik-Instrumenten-Geschäft
5 obere Bedergrube 5
(gegenüber dem Stadt-Theater).

Empfehlungs-Karten
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.



Ihren reinigen . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Südrstraße 32.

Freiwil. Kranken- u. Sterbefälle
(E. G. Nr. 6 in Lübeck).

General-Versammlung

am Mittwoch den 29. Juli
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51

Zugabe: Besondere der Statutenänderung.
Mitglied-bücher vorzeigen.
Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag den 28. Juli
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/51

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Wiffell über: „Darwinismus“.
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.

Kollegen, agitiert für zahlreichen Besuch!
Die Lokalverwaltung.

St. Lorenz-Liedertafel.

Die untenstehenden Nummern sind am 26. Juli mit Gewinnen gezogene Ausgabe Dienstag Abend von 7 Uhr ab im „Konzerthaus Lübeck“.

125	191	206	221	240	263
272	318	353	383	388	437
517	602	604	610	620	663
745	770	784	792	807	820
828	829	859	875	882	897
900	901	915	965	985	1000
1005	1021	1044	1076	1108	1130
1158	1169	1170	1182	1188	1225
1238	1247	1288	1300	1305	1322
1331	1348	1351	1372	1406	1407
1426	1442	1449	1474	1504	1556
1571	1595	1604	1608	1616	1627
1653	1659	1663	1678	1693	1706
1710	1726	1745	1779	1797	1809
1840	1872	1879	1935	1939	1948
1952	1965	1987	2022	2024	2027
2071	2104	2122	2164	2166	2171
2193	2213	2231	2238	2249	2295
2412	2415	2422	2437	2463	2476
2493	2497	2509	2522	2544	2549
2550	2580	2587	2595	2615	2628
2643	2655	2666	2667	2676	2691
2705	2710	2718	2749	2762	2763
2786	2795	2801	2844	2845	2881
2887	2905	2909	2932	2934	2995
2997	3024	3073	3126	3132	3143
3179	3251	3261	3267	3364	3370
3372	3385	3413	3433	3523	3541
3672	3674	3690	3705	3771	3840
3852	3876	3891	3917	3943	3969.

Gewinne, welche bis zum 30. August nicht abgeholt sind, verfallen an die Vereins-Kasse.
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Lokal- und Anzeigen-Abteilung: Otto Friedrich. Für den Lokal- und Anzeigen-Teil: Otto Friedrich. Druckerei des Lüb. Volksboten. — Druckerei des Lüb. Volksboten.

Konferenz des internationalen Sozialismus.

Wie wir bereits kurz mitgeteilt hatten, hat das Internationale Bureau in Brüssel am Montag den 20. Juli in der „Maison du Peuple“ eine Sitzung abgehalten. Wir tragen noch einiges aus den Verhandlungen nach.

Der Sekretär des Internationalen Bureaus, Genosse **Sermy**, erstattete den letzten Halbjahresbericht: Nach Maßgabe seiner Mittel hat das Sekretariat seine heilige Aufgabe zu lösen sich bemüht. In die Arbeiter und die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder wurden mehrere Manifeste erlassen, so auf Wunsch der amerikanischen und anderer Genossen über die mazedonische Frage; auf Vorschlag des Genossen **Schlavi** wurde den verschiedenen sozialistischen Kammerfraktionen der Gedanke eines gleichzeitigen Vorgehens gegen die Kriegs- und Militär-Budgets unterbreitet. Das wichtige neue Einwanderungs-gesetz in Argentinien wurde den sozialistischen Parteien und Zeitungen zur Kenntnis gebracht; über die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen in Japan und Südafrika und die Lage der dortigen Arbeiter wurde ein ausführlicher Bericht veröffentlicht. Der Streik in Holland, die Matseier, die Meheleien in Rischmen, die Verhaftung des russischen Sozialisten **Goj** in Neapel haben das Internationale Bureau zu öffentlichen Kundgebungen veranlaßt und das mannhafte und erfolgreiche Eintreten der sozialistischen Kammerfraktionen in letztem Falle wurde mit besonderem Danke begrüßt. Endlich hat das Bureau seine Bestrebungen fortgesetzt, alle in den Einzeländern veröffentlichten sozialistischen Druck-sachen: Flug-schriften, Broschüren, Illustrationen, Kalender usw. zu sammeln, so daß heute bereits die Internationale Bibliothek in Brüssel 1500 Broschüren in ihrem Kataloge aufzählen kann. Fast sämtliche sozialistischen Tageszeitungen Europas und Amerikas werden dem Bureau zuge-sandt. Eine Sammlung der Tagesordnungen und Beschlüsse der Internationalen Kongresse von 1889—1900 ist vom Bureau bereits veröffentlicht, eine ebensolche von den Kongressen der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1866 bis 1876 ist in Vorbereitung. Zum Schluß konstatiert der Bericht, daß die Beziehungen mit den sozialistischen Parteien und den Arbeiter-Organisationen der Einzelländer sich immer lebendiger gestalten und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung überall vorwärts marschiere, so daß der nächste Kongress in Amsterdam dieses mächtige Anwachsens der internationalen Sozialdemokratie zum unbestreitbaren Ausdruck bringen werde.

Nach Genehmigung des Berichtes wurden in erster Linie die seitens einzelner Länder eingegangenen Anträge behandelt:

Bulgarien wünscht, daß das Internationale Bureau über die von **Faures** und **Milnerand** eingeschlagene Taktik ein Urteil abgebe; da dies vielleicht eine der Aufgaben des Amsterdamer Kongresses, jedenfalls aber nicht eine der Konferenzen sein könne, wurde der Antrag debattelos abgelehnt.

Belgien regt die internationale Reise-Unterstützung wandernder Sozialisten an; auf Widerspruch **Pfannkuch**s, der diese Frage allgemein als eine von den Gewerkschaften zu lösende und zum Teil auch schon geregelte erklärte und so weit es sich um Ausnahmefälle für politische Flüchtlinge handle, immer nur von Fall zu Fall nach Anhörung der Landespartei entschieden werden könne, wurde die Behandlung dieser Frage vertagt.

Kanada wünscht die Herausgabe eines Bulletin für alle offiziellen Mitteilungen in deutscher, englischer und französischer Sprache; auch dieser Antrag wurde zurückgestellt.

Aus **Italien** hatte der Genosse **Ferri** an das Internationale Bureau die Bitte gerichtet, die Konferenz

möge ihre Meinung äußern bezw. ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Genossen **Morgari**, der bekanntlich für die italienischen Sozialisten in der Kammer gegen den **Farenbesuch** protestierte. **Baillant** und **Vander-velde** traten dafür ein, daß die Konferenz sich mit dem Vorgehen der italienischen Fraktion solidarisch erkläre, und bringen eine entsprechende Resolution ein. **Fischer** wandte sich speziell gegen den Wortlaut der Resolution und gegen die aus einer solchen Solidaritäts-Erklärung sich ergebenden Konsequenzen: dann müßten in jedem Lande bei einem **Farenbesuche** die sozialistischen Fraktionen gleiche Demonstrationen machen. In welche Lage bringt man z. B. unsere dänischen Genossen? Und wie soll es gehalten sein bei anderen Monarchenbesuchen? Ohne irgendwie die Haltung der italienischen Genossen kritisieren zu wollen, wüßte er sagen: solche Stellungnahme könne nur nach der Situation des einzelnen Landes von den Genossen der betreffenden Länder getroffen werden.

Vander-velde will eine Stellungnahme schon wegen der Angriffe der Bourgeoisie auf unsere italienischen Genossen; unser Schweigen würde als Desavoué des Verhaltens der italienischen Genossen angesehen werden.

Pfannkuch kann aus solcher Resolution keine Stärkung der Position der italienischen Genossen erblicken; diese könnte nur durch Demonstrationen der Arbeiter beim **Farenbesuche** erfolgen; er wendete sich mit **Troelstra** gegen das allzu oft und immer sich wiederholende Resolutions-Geschrei über Dinge, über welche die Sozialdemokratie einmütig sei und ihre Meinung geäußert habe.

Gegen die drei Stimmen **Dänemarks**, **Deutschlands** und **Hollands** wurde von **Argentinien**, **Belgien**, **England**, **Frankreich**, **Polen**, **Rußland** und den **Vereinigten Staaten** die Resolution **Vandervelde** angenommen:

Aus Anlaß des Briefes **Ferri**s und des vom Genossen **Morgari** in der italienischen Kammer eingeschlagenen Vorgehens drückt das Bureau der sozialistischen Partei Italiens sein Solidaritätsgefühl aus und erneuert den Ausdruck seines Abscheus gegen den **Barismus** und seine Verbrechen.

In der Nachmittags-Sitzung kam die Frage der Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu ausgedehnter Diskussion. Belgische und italienische Arbeiter wandern zu Tausenden vornehmlich nach Frankreich aus und arbeiten dort oft zu solch niedrigen Löhnen, daß sie geradezu die Lebenshaltung der französischen Arbeiter herunterzudrücken drohen. Nun haben früher und jüngst wieder die nationalistischen Abgeordneten im Parlament Anträge gegen diese ausländischen Arbeiter eingebracht: entweder sollte jeder Arbeitgeber pro Kopf der beschäftigten ausländischen Arbeiter eine Steuer z. B. von 20 Franc tragen, oder es sollte für Staats- und Gemeindearbeiten überhaupt ein Verbot der Beschäftigung ausländischer Arbeiter erlassen werden u. dergl.

Anseele beantragte, diese Frage dem Kongress in Amsterdam zu überweisen, der ohnehin die Frage der Auswanderung behandelt; in der Zwischenzeit soll eine Konferenz der belgischen, französischen und italienischen sozialistischen Abgeordneten die Spezialfrage, die den Anlaß zur Einbringung der Resolution gegeben habe, erörtern.

Die Konferenz stimmte diesem Antrage zu.

Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Anträge (**Schweden** beantragte eine Resolution zwecks unausgesetzter Bekämpfung des **Barismus**, **Bulgarien** eine solche gegen die türkischen Greuel usw.) wurde der Finanzbericht des Sekretärs verlesen, aus dem sich ergab, daß leider noch eine Anzahl von Ländern und Organisationen, z. B. in **England**, **Frankreich**, **Japan**, den **Vereinigten Staaten**, in starkem Rücklande sind oder, wie **Italien**, **Schweiz** und **Serbien**, noch keine Beiträge entrichtet haben.

Die nächste internationale Konferenz soll Anfang Februar stattfinden.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die **Maurer-**aus-sperrung in **Eisenach** dauert fort. — Von den ausge-sperrten 257 **Maurern** in **Stendal** sind 165 abgereist, so daß die Streikkasse nur noch 92 Personen zu unterstützen hat. **Birka** 50 Mann reisen in den nächsten Tagen nach ab. Die **Ausgesperrten** haben den **Unternehmern** mitgeteilt, daß sie einen Stundenlohn von 40 Pf. fordern werden, falls bis zum 24. Juli die Aussperrung nicht aufgehoben ist.

Die erste Tagung des Verbandes der **Portefruiller** und **Leder-galanterie-Arbeiter** Deutschlands, die vom 14. bis 16. September in **Offenbach** stattfinden sollte, wurde auf die **Ostertage 1904** verschoben.

Die schwarze Liste der **ausgesperrten Bauhandwerker** in **Hannover** ist erschienen. Sie wird vom **Baugewerkschaftsverband** und der **Arbeitgeberverband** schreibt den „werthen Herren Kollegen“ kurz und frech: „Die nachfolgend bezeichneten **Maurer**, **Zimmerer** und **Arbeiter** sind in den Streik eingetreten bezw. ausgesperrt. Wir bitten Sie, diese Leute auf ihren Bauten nicht anzustellen, die aber etwa schon eingestelltem wieder zu entlassen.“ Auf der sechs Seiten großen Liste befinden sich die Namen von 1031 **Maurern**, 174 **Zimmerern** und etwa 750 **Bauarbeitern**. Ihren Zweck werden die patriotischen Terroristen nicht erreichen. Die **Galizier** sind nun von **Hannover** abgereist. Die **Meister** bequemen sich endlich dazu, den **Arbeitern** den Rest des Lohnes für die **Arbeits-tage** aus-zuzahlen. Unter Anrechnung des **Vorschusses** und der **Berpflegungskosten** erhielten einige noch 1,70 **Mk.** bis herab zu 80 Pf. ausbezahlt. Die **Meisten** haben nur für die geleisteten **Arbeitsstunden** Lohn bezahlt, während die **Galizier** für jeden Tag seit dem 13. Juli bis zum Eintreffen in **Jaroslau** — das 200 Kilometer südöstlich von **Kra-kau** liegt — 5 **Mark** Lohn verlangen. Die **Verfolgung** ihrer Ansprüche haben sie dem **Arbeitersekretär** übertragen. — Die **Scharfmacher**, die erst so große Hoffnungen auf die **Vertragten** gesetzt hatten, fühlen sich jetzt in der Rolle der **betrühten** **Lohngeber**. Nicht allein, daß ihnen die **Felle** weggeschwommen sind, nein, sie haben noch **Tausende** von **Mark** dahinterher werfen müssen. Die **Kosten** für die **Galizier** belaufen sich auf etwa 12 000 **Mark**. Mit dieser Summe hätte man für dieses Jahr schon bequem 55 Pf. Lohn bezahlen können.

Die **Verhältnisse im Ruhrkohlenrevier** veranlassen den Vorstand des **Bergarbeiter-Verbandes** zu folgendem **Aufruf**: Achtung, Arbeiter! Fortwährend gehen uns jetzt **Nachrichten** zu über **Zechenagenten**, die außerhalb des **Ruhrkohlengebietes** Arbeiter anwerben für die **Kuhzehen**. Die **Werber** zeigen als **Lochkittel** **Lohnbücher** vor, in denen **Bergmannslöhne** von 180—200 **Mk.** monatlich angegeben sind. Es soll der **Anschein** erweckt werden, solche **Löhne** seien auf **Ruhrzehen** üblich. Wir stellen fest, daß **Monatslöhne** von 180—200 **Mark** von **Ruhrbergleuten** uns nicht bekannt sind, wohl aber können wir **massenhaft** **Hauerlöhne** von 60—80 **Mark** für 25—27 **Schichten** nachweisen! Zur Zeit ist gar nicht selten, daß tüchtige **Hauer** an den **Ruhrzehen** mit 2—3 **Mark** **Gebingelohn** nach Hause geschickt werden, oft mit noch weniger. Dazu herrscht augenblicklich das **„Wagennuller“** und das **sonstige Straf-unwesen** in der **standalösesten** Weise. **Berliner** **Mütter** verbreiten folgende **Klotz**: „In der Umgegend von **Herne** gab es in letzter Zeit auch schon **Lohnaufbesserungen** infolge der **stark** **graffirenden** **Burumkrantheit** und durch die **Zunahme** des **Wagennullens**...“ Kann es **Tolleres** geben? Also durch **Lohnabzüge** soll der **Lohn** — **aufgebessert** werden! Wir rathen allen **Arbeitern**, sich durch **keine** **schönfärbenden** **Berichte** zum **Einwandern** in das **Ruhrgebiet** verleiten zu lassen. Hier sinkt der

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

74. Fortsetzung.

Der Graf nahm eine Zeitung auf, als ob er darin lesen wollte; aber die Buchstaben tanzten ihm vor den Augen, er sah nur ein großes Blatt Papier mit stammernden Zeichen, und nur manchmal warf er den Blick fast wie vorwurzelsvoll nach der Gattin hinüber — aber sie hatte doch Recht gehabt. Es durfte ja nicht sein, es durfte ja nicht sein, die Ehre des Hauses stand auf dem Spiel, und der mußte jedes Opfer gebracht werden, jedes — selbst das eigene Kind!

Aber die Ehre des Hauses forderte noch mehr. Wieder war eine kleine Zeit verfloßen, da wurden draußen vor dem Hause Stimmen laut, als ob eine Anzahl fremder Menschen unten im Garten ankäme.

Die Gräfin horchte dort hinüber; jetzt war alles wieder ruhig und die Hausthür ging auf und fiel wieder zu. Dann sprangen einzelnen Leute im Schloß selber rasch vorüber. Was war das?

Sie ergriff die neben ihr stehende Glocke und drückte darauf, daß der Ton hell und laut durch den stillen Raum schallte. Niemand gehorchte dem Ruf. Wo war der Diener, den seine Pflicht in das Vorzimmer bannete? Die Gräfin wiederholte ungeduldig das Zeichen.

Da öffnete sich rasch die Thür und einer der jüngsten Lakaien stürzte mit verstörtem Angesicht herein.

„Was ist, Charles? Was habt Ihr da draußen? Was hat er?“

„Ach, gnädige Frau Gräfin,“ rief der junge Bursche entsetzt, „sie — sie bringen ihn!“

„Ihn — wen?“ rief der Graf und sprang von seinem Sitz empor.

„Den jungen Herrn Grafen.“

„George?“ schrie die Gräfin, und Leichenblässe deckte ihre Züge.

„Ja,“ jammerte der junge Mensch, „ganz blutig und so blaß!“

Der Graf gab keinen Laut von sich; einen der schweren silbernen Armleuchter griff er auf und schritt der Thüre zu. „Ich bitte Dich um Gottes willen, George, bleib hier!“ rief die Gräfin, die ebenfalls aufgesprungen war und seinen Arm faßte.

Der Graf sah sie mit einem eisig kalten Blick an. „Willst Du mich auch noch von meinem letzten Kinde trennen?“ sagte er mit einer Stimme, die gar keinen irdischen Ton mehr hatte, und als ihn die Gräfin erschreckt, entsetzt frei ließ, verließ er das Zimmer, aus dem sie ihm fast willenlos, an allen Gliedern zitternd, folgte.

Sie sollten nicht lange über das Geschehene in Zweifel bleiben.

„Es hilft nichts, wir können es nicht verheimlichen,“ hörten sie den Hofmeister sagen, „der Stern des alten Hauses ist gesunken!“

Unten die Hausthür war geöffnet; fremde Männer trugen eine Bahre herein, auf der ein Sterbender lag.

Der alte Graf schritt die Treppe hinab, als ob er auf Luft gegangen wäre; er fühlte keine Stufe unter sich, er sah nichts als ein todtenbleiches Antlitz, das von dem Lichte zweier Fackeln und darüber gehaltenen Kerzen furchtbar hell erhellte wurde.

„George,“ sagte er, und er selber hörte nicht einmal den Laut der Worte, „George, was ist geschehen?“

„Unterstützt meinen Vater,“ sagte der **Berwundete** leise, „und dann tragt mich hinauf in mein Zimmer — vorsichtig, es thut gar zu weh!“

Zwei der Diener sprangen zum alten Herrn, aber nur den **Armleuchter** ließ er sich aus der Hand nehmen, welchen er noch fest und kräftig hielt; er selber stand aufrecht, die rechte Hand, in welcher er den Leuchter gehalten, noch

immer in der nämlichen Stellung emporgehoben, und sein Blick haftete wie gebannt an dem bleichen Antlitz seines Sohnes.

„Was ist geschehen?“ wiederholte er, als sich die Mutter mit einem gellenden Aufschrei an die Bahre des geliebten Kindes, an dem ihr Herz mit allen Fasern hing, warf.

Ein Arzt in Uniform begleitete den **Tranerzug**. Er konnte es eben noch verhindern, daß die **Unglückliche** nicht auf den **Berwundeten** fiel und seine **Schmerzen** noch vergrößerte.

„Hinauf mit Euch, Leute,“ rief er, „rasch ins Zimmer, daß der Kranke zu Ruhe kommt! Wollen Sie sich nicht der Dame annehmen?“

Die letzten Worte galten dem alten **Haus-hofmeister**, der, kaum eines **Gedankens** fähig, neben dem **Entschlichen** stand.

Weitere Worte waren auch unnütz. Während der **Arzt** selber das **Kopfsende** der **Bahre** mit **unterstützte** und alle **Diener** zusprangen, hoben sie dieselbe leicht und sicher empor und trugen sie rasch die **Treppe** hinauf in das **Zimmer**, wo sie den **Unglücklichen** gleich mit der **Matratze**, auf der er hierher geschafft worden war, auf sein eigenes **Lager** legten.

George, todtenbleich und matt, während die Mutter jetzt an seinem Bett kniete und seine Hand gefaßt hielt, war erschöpft und schloß die Augen, und der Graf, dem Arm des Arztes ergreifend, sagte mit leiser, aber fester Stimme:

„Was ist vorgefallen? Sie sind verpflichtet, es mir zu sagen; ich muß es wissen!“

„Es kann auch kein Geheimniß bleiben, Herr Graf,“ sagte der **Arzt** achselzuckend; „der junge Herr hatte heute **Nach-mittag** um vier Uhr ein **Rencontre** mit dem jungen **Grafen** **Volken**.“

„Mit Hubert?“

Bohn immer noch, wie in den Versammlungen die Kameraden durch ihre Bohnbücher nachwies. Arbeitermangel herrscht erst recht nicht!!! Das Bechenorgan, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, theilt eben jetzt mit, daß angeblich die Bechenüberschüsse im Juni schlechter seien. Das Bechenblatt erklärt dies wie folgt: „Der Grund für die schlechteren Ergebnisse ist in erster Linie darin zu suchen, daß der Monat Juni nur 23 Arbeitstage (Mai 24 Arbeitstage) hatte. Ferner ging der Effekt pro Mann und Schicht dadurch zurück, daß eine Reihe Arbeiter vom Betrieb fernblieben, infolge Wurmkrankheit, die vorübergehend Arbeitermangel mit sich führte. Es ist bekannt, daß der Monat Juni durchweg die schlechtesten Ergebnisse von allen Monaten des Geschäftsjahres ergibt.“ Also es trifft schon ein, was wir während voraus sagten: Die Wurmseuche ist auf den Ruhrgruben so stark eingemischt, daß viele Arbeiter arbeitsunfähig wurden, wodurch für den betreffenden Betrieb „vorübergehend Arbeitermangel“ eintrat! In die verseuchten Gruben wollen die Bechenagenten nun neue Arbeiter locken, damit die Wurmseuche weitere Volksteile ruiniert!!! Die von uns vorgeschlagenen sanitären Maßregeln werden nicht ergriffen, statt dessen sollen bisher gesunde Arbeiter von außen hergeholt werden, die natürlich auch wurmkrank werden! Schon giebt es zahlreiche wurmkranken Ruhrbergleute, die völlig arbeitsunfähig, ohne Hilfe, auf das öffentliche Müllfeld angeworfen sind; die Bechen nehmen die Armen nicht wieder an. Dadurch kommt unermessliches Elend über die Bevölkerung im Ruhrgebiet, und nun will man auch noch weitere Arbeitsteile dem Unglück zuführen. Wir warnen dringend alle Arbeiter, auf die Lockrufe der Bechenagenten zu hören! Bei Arbeitsangeboten aus dem Ruhrgebiet mögen sich die Betroffenen direkt an den Unterzeichneten wenden, er wird zuverlässige Auskunft über die Arbeiterverhältnisse im Ruhrbergbau erteilen. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes. F. A. S. Sachse, Bochum.

Wie unsere Landarbeiter leben, das geht deutlich aus einem dem „Proletarier aus dem Saalegebirge“ zugegangenen Briefe eines solchen aus dem Sangerhauser Kreise hervor. Der genannte Landarbeiter erhält folgende Vergütung:

1. Mietgeld	3,00	RM.
2. Jahreslohn in bar	150,00	"
3. Fleisch- und Buttergeld (jährlich)	48,00	"
4. Feuerungsgeld (jährlich)	42,00	"
5. Kartoffeln nach Bedarf (jedoch darf nichts davon verkauft werden)	52,00	"
6. Brod (wöchentlich 20 Pfd. à 9 Pfg., macht pro Jahr)	98,60	"
7. Monatslohn 4 Pfd. Getreide à 12 Pfg., jährlich	5,76	"
8. Monatslohn 6 Pfd. Reis à 15 Pfg., jährlich	8,40	"
9. Monatslohn 3 Pfd. Salz à 9 Pfg., jährlich	3,24	"
10. Monatslohn 150 RM. Weidengeld, jährlich	18,00	"
11. Jährlich 6,00 RM. Kautschuk, jährlich	6,00	"
12. Täglich 2 Liter gute Milch, macht jährlich	56,50	RM.
Summa		496,50 RM.

Die Frau erhält an Arbeitslohn pro Tag je nach der Jahreszeit 50, 60 und 70 Pfg. Nehmen wir an, daß sie gewöhnlich 200 Arbeitstage zum Durchschnittslohn von 60 Pfg. leisten kann, so ergibt diese einen Verdienst von 120 RM. im Jahre. Hierzu kommt noch die freie Wohnung, die erfahrungsgemäß im höchsten 50 RM. pro Jahr zu betragen ist. Das Gesamtinkommen liegt sich daher in folgender Weise zusammen:

Verdienst des Mannes	496,50	RM.
Verdienst der Frau	120,00	"
Wohnung	50,00	"
Summa		666,50 RM.

Man hat schon verschiedenes dabei zusammen den kolossalen Bedarf von 12,80 RM. Das vielgestrichelte Vollständige Landleben ergibt durch diese Zahlen eine große Belästigung. Dabei sind erfahrungsgemäß diese Schätze noch nicht die

schlechtesten. Der „Zug vom Lande nach der Stadt“ erscheint unter solchen Umständen sehr begreiflich.

An die Erklärung Sebels gegen Bernstein, die wir vor einiger Zeit hier nach der „Neuen Zeit“ wiedergegeben haben, sind von einigen Parteimitgliedern, die für Bernstein gestimmt sind, abfällige Bemerkungen geknüpft worden. Die „Breslauer Volkswacht“, der Karlsruher „Volkstfreund“, die „Münchener Post“ und die „Mannheimer Volkstimme“ wandten sich gegen die Form, die Sebels seinen Ausführungen gegeben hat, meinten, sie sei das Produkt einer aufgewöhnlich erregten Stimmung usw. und glaubten, die Freiheit der Meinungsäußerung gegen Sebels in Schutz nehmen zu müssen. Dazu hat nun Sebels selbst das Wort ergriffen. Er veröffentlicht in der „Mannheimer Volkstimme“ folgende Erklärung: „Wie ich aus der „Frankfurter Stg.“ erziehe, hat sowohl die „Volkstimme“ wie der Karlsruher „Volkstfreund“ in meiner Erklärung in Nr. 41 der „Neuen Zeit“ gegen den Genossen Bernstein einen Angriff auf die Meinungsfreiheit in der Partei gefunden. Wie dieses geschehen konnte, ist mir nicht verständlich; kein Wort von mir läßt darauf schließen. Indem ich in jener Erklärung ausdrücklich ausdruhe: Wort für Wort mit dem Artikel in Nr. 40 der „Neuen Zeit“, „Von Extrawahl und anderer Wurst“ verstanden zu sein, hatte ich damit auch die Ansicht des Verfassers abgelehnt, der in jenem Artikel ausdrücklich den Genossen Bernstein gegen den Vorwurf eines andern Parteimitglieds in Schutz nahm, daß er seinen Vorschlag in der Parteifraktion, statt in der Fraktion gemacht habe. Es müßte sich auch schon machen, wollte ich das Recht der freien Meinungsäußerung, welche die Lebensluft für eine Demokratie ist und die ich für mich selbst in Anspruch nehme, einem andern Parteigenossen freilich machen. Man schreie also nicht über Beschränkung der Meinungsfreiheit, wenn einer dem andern einmal ansieht auf die Führerangelegenheit. Die „Volkstimme“ sagt auch, daß ich mit dem „Strafgericht des Parteikonzeils“ gedroht; sieht sie in der Erörterung einer Frage, welche die ganze Parteipresse und die weiteste Öffentlichkeit beschäftigt, ein Strafgericht des Parteikonzeils, so ist das eine Geschmacksverirrung, für die ich kein Verständnis habe. Nachdem aber die fragliche Angelegenheit nicht durch mich — denn ich hätte ihre Erörterung in der Fraktion gemünzt — sondern durch die ebenso unzeitige wie ungeschickte Anregung Bernsteins die lebhafteste Auseinandersetzung hervorgerufen hat und dabei in der Partei Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen sind, so wäre es nur konsequent, wenn der Parteitag, der auch die letzte Instanz in allen die Fraktion betreffenden tatsächlichen Fragen ist, seine Entscheidung fällte. Oder empfiehlt man in mancher Redaktionssphäre Untersuchungen über die Einmischung des „Parteikonzeils“, weil man glaubt, im voraus zu wissen, wie dort der Wind weht? Dann bedanke man sich bei Bernstein. Hierbei möchte ich noch eins bemerken. Je größer die Fraktion wird und je mehr damit die Möglichkeit, um nicht zu sagen die Wahrscheinlichkeit erregter Meinungsverschiedenheiten in derselben wächst, desto öfter dürfte der Parteitag als letzte Instanz eine Entscheidung zu treffen haben. Darüber täusche man sich nicht, weder in noch außer Ilion. Der Parteitag repräsentiert die Einheit der Partei und er wird dafür sorgen, daß diese aufrecht erhalten wird. K. H. S. B. Zürich, den 19. Juli 1903. K. Sebels.

Aus Nag und Neta.

Ein schändliches Denunziantenstückchen hat einem Arbeiter der Karlsruher Eisenbahn-Hauptwerkstätte seine Stichele gelistet. Am Tage nach der Stichwahl wurde der Schlosser J. auf das Bureau gerufen. Dort wurde ihm Mitteilung gemacht von einem bei der Verwaltung eingelaufenen anonymen Schreiben, welches ihn des Vorgehens beschuldigte, im Wertstättengebiet einige Eintrittskarten zur Sebels-Versammlung verkauft zu haben. J. gab zu, solche Karten während der Ferien verkauft zu haben, worauf das Verhör vorläufig beendet war. Bald darauf wurde er aber wieder aufs Bureau gerufen, woselbst ihm eröffnet wurde, daß ihm von der Verwaltung aus gekündigt sei und er in 14 Tagen aufzubrechen müsse. Der so gemahregelte Arbeiter, der schon seit 10 Jahren in der Hauptwerkstätte beschäftigt war, wandte sich nun an die Generaldirektion mit einem Gesuch um Zurücknahme der Kündigung. Dieses Gesuch wurde kurz ablehnend beschieden.

— Daß eine staatliche Behörde eine anonyme Denunziation berücksichtigt, ist auch ein Zeichen der Zeit.

Also will es der Staat. Aus Freiburg i. B. schreibt der „Frankf. Stg.“ ein Leser: Soeben komme ich von einer kleinen Fajstour über die Berge nach St. Peter, von dort durch das berühmte Glotterthal nach Dersingen zurück. Mein Begleiter war ein junger Amerikaner, der an der Universität National-Oekonomie hört und bei jeder Gelegenheit reges Interesse für die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zeigt. Bei einem der letzten Kilometersteine, die wir hinter uns ließen, saßen wir am Rande der Straße einen alten Mann beschäftigt, das überwuchernde Gras in sauberer Linie abzuschieben. Die Straße war schattig. Ueber ihrem weißen, blendenden Staube schimmerte die Luft, die schwarzen Berge und ihre schattenspendenden Wälder hatten wir gerade verlassen. Er drückte fest seine Verwunderung aus, daß der Mann nicht früh aufstehe, um in der Morgenfrühe seine Arbeit verrichten und sich während der Mittagsstunde aufs Ohr legen zu können. Nach dem Grunde befragt, zuckte ich lachend die Achseln: „Fragen Sie ihn selbst!“ So geschah es: „Guten Tag! Warum stehen Sie nicht Morgens um 3 Uhr auf, zu arbeiten? Dann könnten Sie sich in der Höhe schlafen legen und doch mehr leisten!“ Der Alte ließ die Hade ruhen. Ströme von Schweiß rannten aus den grauen Haaren über das verwitterte Gesicht. Seine nackten Arme und die Brust waren indianerbraun, die ganze Gestalt wie ausgedörrt; man sah ihm die Erschöpfung nur zu deutlich an. „Das geht nicht!“ sagte er. — „Warum nicht?“ — „Von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends wird gearbeitet!“ — „Wer bestimmt das?“ — „Der Staat!“ — Mein Begleiter lachte laut auf: „Von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends wird gearbeitet, also wills der Staat!“ parodierte er, „das klingt wie ein ewiges Naturgesetz!“ Ich lachte mit, der Alte stimmte auch ein. Wir grüßten ihn und zogen weiter. Heiliger Bureaucratismus!

Entdeckung von Beriberi in Meghlyen. Die entsetzliche Krankheit, von der bei uns in Deutschland im Anschluß an die Kunde vom Schiffsal Dr. Engenbergers auf den Reizgeleiten so viel die Rede gewesen ist, die Beriberi, ist jetzt an den Thoren Europas entdeckt worden. Ein englischer Arzt hat zwei Fälle der Krankheit festgestellt, wo sie bisher ganz unbekannt gewesen ist. Es handelt sich um zwei Rekruten aus zwei benachbarten Dörfern in der Provinz Gharbich, die in das Militärkrankenhaus zu Abassieh eingeliefert worden sind. Nachdem die Krankheitserscheinungen, die auf eine schwache Pellagra gedeutet waren, nachgelassen hatten, blieb eine sichtliche Abzehrung bestehen, für die ein Grund zunächst gar nicht erkennbar war. Dann trat eine Verminderung der Empfindlichkeit auf unangenehme Reize an den Füßen und Beinen auf, begleitet von allen Anzeichen der peripherischen Nervenentzündung, für die es aber auch an einer eigentlichen Begründung zu fehlen schien. Die Kranken verfielen in starkes Zittern, namentlich beim Stehen oder in der Bewegung, und hielten sich in einer eigenartigen Stellung am Stuhl im Gleichgewicht, wenn sie überhaupt einer ausreichenden Stellung fähig waren. Diese Krankheitserscheinungen deuten sämtlich auf Beriberi. Die Behörden haben die Gefahr einer Verbreitung dieser gräßlichen Krankheit scharf ins Auge gefaßt und zunächst die Provinz Gharbich einer gründlichen Durchforschung nach etwaigen weiteren Fällen unterzogen. Hoffentlich geschieht alles, um die Beriberi von einer weiteren Fortpflanzung und namentlich von einem Uebergreifen nach Europa fernzuhalten.

Die Johannsburg bei Weide in Ostpreußen ist mit einer zusammenhängenden Fläche von 96 445 Hektar, die von zwanzig Oberförstereien bewirtschaftet wird, der größte Wald im preussischen Staate. Vorwiegend ist es Kieferwald; auf dem mit Lehm vermischten Sandboden ist auch die Fichte heimlich, und in der Nähe von Bruchstellen finden sich größere Erlen- und Birkenbestände.

Bestraft wird er doch! Der Schuhmacher Zapffe in Magdeburg, der während des verfloffenen Schuhmachersstreiks einen „Arbeitswilligen“ mit dem Rufwort „Streikbrecher“ belegt hatte, wurde vom Schöffengerichte zu 30 RM. Geldstrafe verurteilt. Interessant war, daß der angeblich Beleidigte (Schuhmacher Zund) auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich denn thatsächlich beleidigt fühle, keine Antwort geben konnte! Ob er beleidigt war, wußte er gar nicht einmal! Und trotzdem die Verurteilung!

„Mit dem jungen Grafen habert; Graf Solten hatte den ersten Schuss und traf keine Organe gleich zu fieber. Dantes Sie sah auf das Schloßmaße vor,“ flüchelte er ihm leise zu, „Nichtung ist unabhing, die Regel hat die Sange verlegt.“

Der Arm des Grafen war wie gelähmt nieder, als der Kommandant die Augen schloß und leise sagte: „Roter! — Mauer!“

„Wah George, wir sind bei Dir! Im Gottes willen, was steht Dir?“

„Es ist vorbei,“ flüchelte der Kommandant, — „ich — kann nicht — mehr sprechen. Ged gut — mit Paula — lebt — wohl.“

Er schloß die Augen und ein Lächeln lag über seinem Lippen.

„George, George!“ rief die Mutter und warf sich über ihn. Er mühte sich nicht mehr, es war vorbei, und während der Graf, ein mageres Bild des Entsetzten, an seinem Lager stand und den Blick, wie durch einen Janker schmeint, nicht von dem jungen Leutnant des Roten weichen konnte, schloß der alte Haushofmeister in der Ecke die Augen und schlief ein.

Die Rezenjion.

Am nächsten Morgen um 10 Uhr ging Rebe wieder, wie verabschiedet, zum Direktor Strager, um dort das Supper für die nächste Rezeption mit ihm zu besprechen. Er traf den Direktor in einer nicht geringen Aufregung, und als er mit dem Kommandant sprach, sah ihm dieser, mit der Hand auf der Stirn stehend, entgegen:

„Schnell Sie mal, habe ich Ihnen das nicht vorangeschickt? Jetzt können Sie die Folgen Ihres Ungehorsams erkennen.“

„Aber, Herr Direktor!“

„Haben Sie das Exekutivamt von Herrn Strager schon gekannt?“

„Rebe, noch nicht.“

„Ja, denn machen Sie sich einmal ein Vergnügen. Da liegt der Tisch auf dem Tisch; Strohwisch thut sein Bestes.“

„Ja der Herr?“ lachelle Rebe, indem er das Blatt aufnahm und las. „Aber es wird dann auch das Aeußerste sein, und er ist nachher fertig.“

„Der? Noch lange nicht, da kennen Sie den nicht. Aber lesen Sie nur — nein, bitte, laut. Ich habe nur einen Blick darauf gemerkt, weil mich der Grimm packte. Es ist wirklich ein unglücklicher Fall!“

Rebe las: Theater in Hageburg. Hamlet, Prinz von Dänemark. Zur Feier...

„Das können Sie überschlagen,“ unterbrach ihn der Direktor, „das ist bloß die Einleitung, und die Geschichte haben wir selber mit durchgemacht. Gleich da unten geht's an: Wir sind aus einer Versammlung bewußt...“

„Ja, ja.“ Rebe war aus einer Versammlung bewußt, dem Publikum nicht schon gestern über das Stück berichtet zu haben; aber wir wissen gesehen, daß wir volle vierundzwanzig Stunden gebraucht haben, um aus unserer Erinnerung über das Geschehen und Erlebnis zu erhalten. Herr Horatius Rebe den Hamlet — wenn wir es nicht selber mit gelitten und getragen hätten, wir würden es jetzt noch nicht glauben und das Ganze für einen wahren, unaufrichtigen Trugschluss halten. Aber leider ist es nun alles wahr, und wir müssen die Thatsache konstatieren, daß Herr Horatius Rebe allerdings vorgerufen Abend des Hamlet, diesen dänischen Prinzen, auf eine Weise missandelt hat, die unserem Nationalgefühl nicht zu wünschen übrig ließ. Wir gehen auch zu, daß ohne Herrn Horatius Rebe eine Störung in der Vorbereitung festgehalten haben würde, das heißt, die ganze Vorbereitung wäre unglücklich geworden. Aber war das Publikum nicht glücklicherweise besser daran, wenn es kein Geld zurück, als diesen entsetzlichen Hamlet vorgeführt erhalten?

„Was war dabei nicht begreifen, ist die todendeckel Selbstverleugung dieses jungen „Künstlers“, der es wagen konnte, ohne zu erröthen — denn er sah bloß aus, daß wir eine Zeit

lang im Zweifel waren, welches der Geist sei — dem urtheilsfähigen und feingebildeten Hageburger Publikum eine solche Dual zu bereiten. Die Noth entschuldigt dies keineswegs, denn er konnte sich doch unmöglich einbilden, die geistvolle Auffassung eines Handor uns erst zu haben — also was sonst? Er hat nur eine Rolle vorgesprochen, damit das Stück gegeben werden konnte — nur damit kein rechtlicher Grund vorhanden war, dem Publikum das Eintrittsgeld zurückzugeben.“

„Wir haben die Gutmütigkeit des Publikums bewundert, daß es sich das gefallen ließ und sogar dem Delinquanten noch applaudierte; es sollte ihm das vielleicht in etwas die Angst vergüten, die er gehabt. Nun, Gott sei Dank, der Abend ist auch überstanden und wird hoffentlich nicht wiederkehren: „Dah, Vater, genug sein des grausamen Spiels.“

„Herr Horatius Rebe mag ein recht lieber, braver Mensch und ein guter Bürger sein, aber wir können es ihm Schwarz auf Weiß geben, daß er ein sehr mittelmäßiger Schauspieler ist. Sein Hamlet war der Beweis dafür: keine Idee einer höheren Auffassung, keine Fäher von Genialität, kein Funke jenes göttlichen Feuers, das die der Kunst Geweihten auch durchdringen und sie und dadurch den Zuschauer elektrifizieren muß.“

„Das Einzige, was uns Herr Rebe an jenem Abend gezeigt, ist, daß er ein gutes Gedächtnis hat; möge er deshalb nie vergessen, daß er seine ruhmreiche Laufbahn wohl noch immer auf einer kleinen Winkelbühne Deutschlands fortsetzen kann, daß es aber dem Hageburger Publikum nicht zugezählt werden darf, einen solchen Genuß zum zweiten Male zu leiden. Wir warnen die Direktion wohlmeinend vor einem solchen Mißbrauch des Vertrauens und hoffen, daß diese milde Rüge genügt hat, Herrn Horatius Rebe dem hiesigen kunstfertigen Publikum nicht mehr gefährlich zu machen.“

(Fortsetzung folgt.)